



AIHK Wirtschaftsumfrage 2024: Globale Wachstumsschwäche – lokale Auswirkungen

(pd) Trotz geopolitischen Risiken und gestiegenen Einkaufspreisen beurteilen die befragten Unternehmen der diesjährigen AIHK Wirtschaftsumfrage das Geschäftsjahr im Rück- und Ausblick insgesamt positiv. Schaut man jedoch etwas genauer hin und fokussiert auf bestimmte Branchen, zeigen sich die aktuellen Herausforderungen auf verschiedenen Ebenen. Deshalb fordert die AIHK, das Augenmerk auf wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu setzen.

2024-03-12

Die AIHK hat ihre Mitglieder im Januar 2024 befragt. 361 Unternehmen aus verschiedenen Branchen haben an der Umfrage teilgenommen. Das entspricht einer Rücklaufquote von gut 27 Prozent.

Überraschend positive Stimmung Nach zwei Jahren der Erholung mit überdurchschnittlicher Wirtschaftsdynamik hat sich die Konjunktur in diesem Jahr abgekühlt. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren fallen die Rückmeldungen deshalb etwas weniger positiv aus. Dennoch ziehen die Unternehmen für das vergangene Geschäftsjahr eine insgesamt gute Bilanz. Für 2024 liegen die Erwartungen des Dienstleistungssektors etwas höher als jene der Industrie. Dominik Matter, Volkswirt bei Fahrländer Partner Raumentwicklung und Mitautor der AIHK Wirtschaftsumfrage, erklärt: «Der Ausblick des Industriesektors wurde wohl durch die unisichere Wirtschaftslage im Ausland, allen voran bei wichtigen Handelspartnern wie Deutschland oder China, massgeblich beeinflusst.» Neben der abnehmenden Wirtschaftsdynamik, gerade auch bei wichtigen Handelspartnern der Aargauer Firmen, bestehen weitere belastende Faktoren. Deshalb hat die AIHK die Aargauer Unternehmen in ihrer Wirtschaftsumfrage zusätzlich zu den Themen Arbeitskräftemangel und Energie befragt.

Energiekrise führt zu Mehraufwand Die grossen Strom- und Gaspreisausschläge sind in diesem Winter glücklicherweise ausgeblieben. Dennoch haben die gestiegenen Energiepreise für die Unternehmen zu Mehraufwänden geführt. So investieren die befragten Unternehmen weiterhin in ihre Energieeffizienz sowie in die Eigenproduktion von Energie. Insgesamt präsentiert sich die Lage im Industriesektor angespannter als im Dienstleistungssektor, was angesichts des höheren Energiebedarfs der Industrie naheliegt. Am herausforderndsten ist die Situation in der Metallindustrie: Dort berichten gut 16 Prozent der teilnehmenden Unternehmen von einer drohenden Überschuldung. Auch wenn in diesem Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Energiemangellage besteht, ist die künftige Energieversorgung weiterhin nicht gesichert. Beat Bechtold, Direktor der AIHK, ist überzeugt: «Für Unternehmen, die viel Energie benötigen, ist die derzeitige Unsicherheit kein gutes Umfeld, um langfristige Investitionsentscheide zu fällen.»

Arbeitskräftemangel trotz schwächerer Konjunktur Mit dem wirtschaftlichen Abschwung ist die Arbeitslosenquote jüngst leicht gestiegen. Nichtsdestotrotz ist der Mangel an Arbeitskräften weiterhin allgegenwärtig. Nur ein kleiner Teil der befragten Unternehmen gibt an, nicht vom Arbeitskräftemangel betroffen zu sein. Mehrbelastung und Überlastung der vorhandenen Mitarbeitenden, steigende Personalkosten, eine erhöhte Personalfuktuation sind die Konsequenzen. In der stärker vom Arbeitskräftemangel betroffenen Industrie müssen teilweise sogar Aufträge abgelehnt oder Tätigkeiten ausgelagert werden. Aber auch im Dienstleistungsbereich sind diese Folgen nicht ausgeschlossen.

Fokus auf wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen Wie die Wirtschaftsumfrage zeigt, ist die Situation für viele Aargauer Unternehmen derzeit herausfordernd. Die Politik ist entsprechend gefordert. Um dem sich weiter zuspitzenden Arbeitskräftemangel zu begegnen, müssen die Arbeitsanreize erhöht werden. Dazu sagt der Direktor der Handelskammer: «Wir müssen die richtigen Hebel betätigen, damit es attraktiver wird, mehr zu arbeiten. Dazu gehört, Eltern und insbesondere Mütter dank einer kantonalen Beteiligung an den Kita-Kosten für die Arbeitswelt zu gewinnen. Die AIHK fordert deshalb eine kantonale Beteiligung an den Kosten für die Drittbetreuung von Kindern.» Darüber hinaus soll es Anpassungen am Arbeitsgesetz geben, sagt Bechtold: «Wer im Homeoffice arbeitet, soll seine Arbeit über 17 statt wie aktuell über 14 Stunden verteilen können. Wenn man gewisse Arbeiten



frühmorgens oder spätabends erledigen dürfte, würde dies die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie auch von Beruf und Freizeit fördern.» Bechtold spricht damit eine parlamentarische Initiative an, welche die AIHK unterstützt.